

11. Beiblatt

Beiblatt zum Parlamentskorrespondenz, 8. Oktober 1947.

131/J

A n f r a g e

der Abgeordneten W i d m a y e r, F r ü h w i r t h und Dr. N e u g e b a u e r
 an den Bundeskanzler,
 betreffend Bombenabwürfe in Niederösterreich.

-.-.-.-

In den letzten Wochen ist die Bevölkerung Niederösterreichs durch Bombenabwürfe aus Flugzeugen in beträchtliche Unruhe versetzt worden. Während der erste gemeldete Abwurf bei Unter-Siebenbrunn einen Waldbrand im Ausmass von 25 ha verursachte, fielen dem Bombenabwurf am 30. September 1. J. in Matzen, Bezirk Gänserndorf, Menschenleben zum Opfer und ausserdem wurden Häuser zerstört und beschädigt.

Die über diese Vorfälle beunruhigte Bevölkerung fragt mit Recht, ob die unglücklichen Bewohner eines befreiten Landes dazu bestimmt sind, mit ihrer Habe und ihrem Leben schutz- und rechtlos Zielscheiben für Manöverübungen einer Besatzungsmacht zu sein. Sie erwartet, dass die Bundesregierung mit ihren bescheidenen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Abstellung dieser Zustände verlangt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e:

- 1.) Hat die für die geschilderten Vorfälle verantwortliche Besatzungsmacht entsprechend den diplomatischen Gepflogenheiten der österreichischen Bundesregierung ihr Bedauern über diese Ereignisse ausgedrückt ?
- 2.) Welche Massnahmen wurden seitens der Besatzungsmacht der österreichischen Bundesregierung zugesagt, damit derartige Bedrohungen an Leben und Gut der österreichischen Staatsbürger in Zukunft unterbleiben ?
- 3.) Welche Entschädigung wurde für die angerichteten Zerstörungen angeboten, bzw. geleistet ?
- 4.) Ist die österreichische Bundesregierung bereit, im Wege der politischen Vertretung Österreichs die entsprechenden Vorstellungen zu erheben ?

-.-.-.-